

## Berufspolitische Rundschau

### Der Vorstand beriet und beschloss am 23. Juli 2005 in Gerlingen

#### 1. Bekanntgabe der Sitzungsniederschrift vom 4. Juni 2005

Wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

#### 2. Bericht über den DVG-Gewerkschaftstag in Würzburg am 9./10. Juni 2005

Bericht des Vorsitzenden und des Geschäftsführers werden ohne weitere Beschlussfassung zur Kenntnis genommen.

#### 3. Bericht des Geschäftsführers über die DVG-Bundesvorstandssitzung am 15. Juli 2005 und künftige Mitwirkung des VdV in der DVG

Der Bericht unter Verweis auf die Tischvorlage wird zur Kenntnis genommen. Über den Antrag, evtl. aus der DVG auszutreten, wird erst in der 1. Jahreshälfte 2006 beraten und entschieden (bei einer Gegenstimme).

#### 4. Bericht des Verbandsvorsitzenden über das Gespräch mit der SPD-Landtagsfraktion am 13. Juli 2005

Der Bericht unter Verweis auf die Tischvorlage wird zur Kenntnis genommen.

#### 5. Bericht des Kollegen Launer aus der Arbeit des Beamtenbundes

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen. Kollege Launer wird künftig in der Verwal-

tungszeitung zu berufspolitischen Angelegenheiten berichten. Die vom Kreisverband Stuttgart angeregte Podiumsdiskussion im Vorfeld der Landtagswahlen wird von Kollege Launer u.a. für den Bezirksverband Nordwürttemberg organisiert.

#### 6. Künftige Vertretung des VdV im BiSoWe Südwest

Anstelle von Kollege Gerhard Hummel soll Kollege Hans Reibold zum stv. Vorsitzenden des BiSoWe Südwest vorgeschlagen werden.

#### 7. Personalratswahlen

Der Bericht von Kollege Hans Reibold wird zur Kenntnis genommen.

#### 8. Rückforderung von Anwärterbezügen

Der Bericht von Kollege Prof. Eberhard Ziegler wird zur Kenntnis genommen. Es wird vorbehalten, im nächsten Jahr den Studentinnen und Studenten eine entsprechende "Handreichung" zur Verfügung zu stellen.

#### 9. Weitere Zukunftsperspektiven des VdV

Der hierfür eingesetzte Arbeitskreis soll sich mit diesem Thema befassen und dem Vorstand entsprechende Vorschläge unterbreiten unter Berücksichtigung folgender Punkte:

1. Öffnung zum Tarifbereich?
2. Gegebenenfalls neuer Verbandsname
3. Schlagkräftige Bundesvereinigung auch künftig erforderlich?
4. Bestrebungen im BBW und DBB auf Zusammenführung von Verbänden
5. Erhöhung der Mitgliederzahlen des VdV - zwingend erforderlich

### Arbeitsgespräch des VdV mit Vertretern der SPD-Landtagsfraktion

Im Haus der Abgeordneten des Landtags fand am 13. Juli 2005 ein mehr als zweistündiges Arbeitsgespräch mit Vertretern der SPD-Landtagsfraktion und dem Verbandsvorstand des VdV statt.

Teilnehmer waren seitens der SPD-Landtagsfraktion nahezu sämtliche Mitglieder des Arbeitskreises Innenpolitik und zeitweise auch Fraktionsvorsitzender Wolfgang Drexler.

Hans Georg Junginger MdL, Vorsitzender des Arbeitskreises Innenpolitik und innenpolitischer Sprecher; Rosa Grünstein MdL, stv. Vorsitzende des Arbeitskreises Innenpolitik; Günter Fischer MdL, parl. Geschäftsführer;



## Verband Bildung und Erziehung

### Stellenausschreibung

Der Verband Bildung und Erziehung (VBE), Landesverband Baden-Württemberg, stellt zum nächstmöglichen Zeitpunkt

## eine Mitarbeiterin oder einen Mitarbeiter

für die Landesgeschäftsstelle ein.

Arbeitsschwerpunkt wird der Bereich Studierende und Junglehrerinnen/Junglehrer sein. Nach einer angemessenen Einarbeitungszeit, vornehmlich im Raum Freiburg, ist der Arbeitsort die VBE-Landesgeschäftsstelle in Stuttgart. Die Vergütung erfolgt in Anlehnung an den BAT.

#### Aufgabenfelder:

- Betreuung der Studenten und der gesamten Studentenwerbung
- Unterstützung der Arbeitsgemeinschaft der Junglehrerinnen und Junglehrer
- Übernahme von Teilbereichen der Arbeitsabläufe der Geschäftsstelle Stuttgart

#### Wir erwarten von Ihnen:

- Kenntnisse über die Hochschulausbildung der Lehrerinnen und Lehrer in Baden-Württemberg
- Organisationsfreudigkeit u. Organisationsfähigkeit
- Hohe Kontaktfreudigkeit und besondere Fähigkeit im Umgang mit Menschen
- Räumliche Mobilität und zeitliche Flexibilität

- Wir bieten:**
- eine angenehme Arbeitsatmosphäre
  - selbständiges und eigenverantwortliches Arbeiten
  - einen zukunftssicheren Arbeitsplatz

Schriftliche Bewerbungen richten Sie bitte an: Herr Gerhard Brand, VBE-Landesgeschäftsstelle  
Am Hohengeren 12 · 70188 Stuttgart · Telefon 0711 461846 · [www.vbe-bw.de](http://www.vbe-bw.de) / [vbe@vbe-bw.de](mailto:vbe@vbe-bw.de)

Rainer Stickelberger MdL, rechtspolitischer Sprecher; Inge Utzt MdL; Simone Geßmann, parlamentarische Beraterin.

Der Vorstand des VdV war durch Wolfgang Steng, Verbandsvorsitzender, Jochen Müller, stv. Verbandsvorsitzender, Prof. Eberhard Ziegler, Verbandsvorstandsmitglied, und Harald Gentsch, Verbandsgeschäftsführer, vertreten.

## Die wichtigsten Gesprächsthemen und Forderungen des Verbandes der Verwaltungsbeamten in Baden-Württemberg

1. Berufsbeamtentum und Föderalismuskommission
2. Zukunftsperspektiven der jungen Kolleginnen und Kollegen
3. Strukturreformgesetz
4. Sparpaket des Bundes und des Landes
5. Bürgerversicherung

### Zu 1. Berufsbeamtentum und Föderalismuskommission

Verbandsvorsitzender Wolfgang Steng machte deutlich, dass der VdV mit seinen rd. 6.000 Mitgliedern, im Verbund mit den Dachorganisationen BBW (über 100.000 Mitglieder) und dbb beamtenbund und tarifunion (über 1 Mio. Mitglieder) das Berufsbeamtentum in seiner jetzigen Form für die Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland für unabdingbar hält.

Im Zusammenhang mit der letztlich gescheiterten Föderalismuskommission war auch vorgesehen, das Beamtenrecht umfassend oder teilweise in die Länderzuständigkeiten zu verweisen. Diese Zuständigkeitsverlagerung sei nach Auffassung des Verbandes der Verwaltungsbeamten kontraproduktiv und werde daher abgelehnt.

Der stellvertretende Verbandsvorsitzende Jochen Müller beklagte die unsachliche Beamtenchelate, die leichtfertig von Medien, von Politikern auch an Stammtischen u.a. mit dem negativ besetzten Begriff "Pensionslasten" ausgeübt wird.

### Zu 2. Zukunftsperspektiven für die jungen Kolleginnen und Kollegen

Professor Eberhard Ziegler verwies auf die prekäre Situation im Ausbildungsbereich und auf die zurzeit negativen Zukunftsperspektiven der jungen Kolleginnen und Kollegen. Die Studienplätze an den Fachhochschulen für öffentliche Verwaltung haben von rd. 900 im Jahr 1990 auf rd. 500 seit dem Jahr 1998 abgenommen. Auch das Interesse der Ausbildungssuchenden sei stark zurückgegangen, waren es im Jahr 1988 noch rd. 4.400 Bewerbungen, so sind es jetzt noch rd. 2.800 Bewerbungen.

Die Ausbildung müsse weiter attraktiver gestaltet werden. Der Bestand zweier Fachhochschulen in Ludwigsburg und in Kehl sei unverzichtbar. Es sei dringend geboten, an den Fachhochschulen jüngere Professorinnen und Professoren einzustellen, das Durchschnittsalter in Ludwigsburg liege derzeit bei 55 Jahren.

Die Arbeitsplatzsituation für die diesjährigen

Absolventen sei so schlecht wie nie zuvor. Lediglich 20 % der Studienabgänger verfügen über einen Arbeitsplatz. Dazu komme noch die Sorge der Rückforderung von Anwärterbezügen. Darauf werde nur verzichtet, wenn nachgewiesen wird, dass man sich auf mindestens 5 bzw. 10 Beamtenstellen vergeblich beworben hat. Dies führe im Augenblick zu einer wahren Bewerbungsflut auf Beamtenstellen, und sei es nur darum, um sich später auch für eine Angestelltenstelle bewerben zu können. Dies sei ein unnötiger Bürokratismus.

Auf Bitten des Verbandsvorsitzenden Wolfgang Steng werden die anwesenden Vertreter der SPD-Landtagsfraktion an die der SPD nahe stehenden Oberbürgermeister und Bürgermeister herantreten und bitten, gerade jetzt Fachhochschulabsolventen eine Chance zu geben, ihren erlernten Beruf auch ausüben zu können und sie einzustellen.

### Zu 3. Strukturreformgesetz

Das Strukturreformgesetz wurde vom Bundesinnenministerium aufgrund des mit dem dbb beamtenbund und tarifunion sowie ver.di gemeinsam erarbeiteten Eckpunktepapieres "Neue Wege in der öffentlichen Verwaltung" im Entwurf aufgestellt und in der Zwischenzeit auch vom Bundeskabinett verabschiedet. Allerdings wird es im Augenblick wegen der in der Zwischenzeit auf 18. September 2005 angesetzten Neuwahl des Deutschen Bundestages nicht weiter verfolgt. Im Wesentlichen wollte der dbb beamtenbund und tarifunion damit seinen Beitrag zur modernen Neugestaltung des Beamtenrechts leisten. Dies ist auch gelungen. Allerdings weicht der Gesetzentwurf in einigen Punkten von dem vereinbarten Eckpunktepapier ab. Hier muss noch nachverhandelt werden.

### Zu 4. Sparpaket des Bundes und des Landes

Verbandsvorsitzender Wolfgang Steng erinnerte daran, dass die Beamtinnen und Beamten besonders in Baden-Württemberg wiederholt mit Sonderopfern belastet worden sind, wie z.B. Streichung des Urlaubsgeldes, Kürzung der jährlichen Sonderzahlung, Einführung der 41-Stunden-Woche, Absenkung des Versorgungsniveaus, Einführung eines Pflegeversicherungsbeitrags.

Es bestehe darüber hinaus die Sorge, dass nach den vorgezogenen Bundestagswahlen im September dieses Jahres und den Landtagswahlen in Baden-Württemberg im März 2006 "Kassensturz" gemacht werde und dass dann wieder die Beamten mit Sonderopfern belegt werden könnten.

Er weist insbesondere auf die im Augenblick laufende politische Diskussion einer möglichen Mehrwertsteuererhöhung hin. Im Gegenzug solle dafür dann der Arbeitslosenversicherungsbeitrag gesenkt werden. Dieses Vorhaben belaste neben den Rentnern und Pensionären auch die aktiven Beamtinnen und Beamten zusätzlich, da bei ihnen keine Entlastung eintrete. Dies war in der Vergangenheit bereits bei der Öko-Steuer der Fall.

### Zu 5. Bürgerversicherung

Die Bürgerversicherung, so wie sie bis jetzt von der SPD angedacht wird, ist für den VdV nicht nachvollziehbar und wird abgelehnt. Zum einen ist die seitherige Beihilferegelung die finanziell günstigste für die Arbeitgeber, ob Kommunen, ob Länder oder ob Bund, und zum anderen wäre dies wiederum eine Veränderung zu Lasten der Beamtinnen und Beamten, denn eine Gegenleistung ist nicht erkennbar.

## Die Antworten der SPD-Landtagsfraktion

### Zu 1. Berufsbeamtentum und Föderalismuskommission

Die SPD-Landtagsfraktion steht uneingeschränkt zum Berufsbeamtentum und zur Bestandsgarantie des Art. 33 GG, allerdings eingeschränkt auf hoheitliche Aufgaben und den Kernbereich der öffentlichen Verwaltung. Darunter versteht die SPD-Landtagsfraktion insbesondere den Justizbereich, die innere Sicherheit aber auch den kommunalen Bereich der Rathäuser und Landratsämter. Dieser Einschränkung hat Verbandsvorsitzender Wolfgang Steng vehement widersprochen.

Hans Georg Junginger erklärte, dass es im Augenblick erheblicher Anstrengungen bedarf, Angriffe auf den Kernbereich des Berufsbeamtentums abzuwehren. Dieses Staatsverständnis, dass sich der Staat immer mehr aus der Verantwortung löst und zurückzieht, ergebe zuletzt einen schwachen Staat. Das Berufsbeamtentum müsse sich allerdings geänderten gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen anpassen. Der richtige Weg dazu sei das Eckpunktepapier des Bundesinnenministers Schily/dbb beamtenbund und tarifunion/ver.di. gewesen.

**Eine klare Position bezog insbesondere Fraktionsvorsitzender Wolfgang Drexler zur Frage der Föderalismuskommission. Uneingeschränkt befürwortet die SPD-Landtagsfraktion die umfassende Verlagerung der Zuständigkeiten im Beamten-, Besoldungs- und Versorgungsrecht auf die Länder, trotz berechtigter Gegenargumente. Ausschlaggebend dafür sei nach seiner Auffassung die föderale Grundstruktur der Bundesrepublik Deutschland. Hier vertritt der Verband der Verwaltungsbeamten eine ebenso klare Gegenposition.**

### Zu 2. Zukunftsperspektiven für die jungen Kolleginnen und Kollegen

Nach Auffassung der SPD-Landtagsfraktion werde die Nachwuchsarbeit für den öffentlichen Dienst von der Landesregierung vernachlässigt. Hochqualifizierte junge Leute werden nicht eingestellt oder suchen von vornherein nicht den Weg in eine Ausbildung für den öffentlichen Dienst. Die Motivation für Abiturienten, für den öffentlichen Dienst zu arbeiten, sei in Anbetracht der Wettbewerbssituation in der freien Wirtschaft gering.